



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Harnisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Straßenausbaubeiträge: Rechtssicherheit herstellen – es darf keinen Sinn machen, jetzt noch Straßenausbaubeitragssatzungen zu erlassen oder zu ändern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, klarzustellen, dass es keinen Sinn macht, jetzt noch Straßenausbaubeitragssatzungen zu erlassen oder zu ändern und dies den Kommunen zeitnah mitzuteilen.

Begründung:

Neustadt bei Coburg hat am Montag mit der Begründung eine Straßenausbaubeitragssatzung verabschiedet, dass sich die Gemeinde möglicherweise dadurch finanzielle Vorteile bei der künftigen Vergabe von Fördermitteln sichern könnte. Es besteht jedoch nicht die Absicht der Gemeinde, auch wirklich die Satzung anwenden zu wollen. Dieser Sachverhalt ist geradezu grotesk. Es muss verhindert werden, dass sich Unsicherheit ausbreitet und weitere Kommunen Straßenausbaubeitragssatzungen einführen oder ändern, in der Hoffnung, nach einer gesetzlichen Neuregelung dadurch zu profitieren. Deshalb muss die Staatsregierung schnellstmöglich klarstellen, dass solche taktischen Aktionen keinen Sinn machen. Das ist den Kommunen mitzuteilen.